

Dr. Gunther Jaegers, Mitglied der Monitoring Gruppe zum Donauausbau

# Arbeit der Monitoring-Gruppe ohne Bedeutung

Die Arbeit der Monitoring Gruppe zum Donauausbau sollte über einen Zeitraum von drei Jahren verloren gegangenes Vertrauen in politische Entscheidungen bewirken. Vergangenen Herbst wurde der Ergebnisbericht präsentiert. Ende Januar sorgte der bayerische Ministerpräsident Seehofer mit seinen Präferenzen zum Donauausbau für großes Erstaunen.

**D**er bayerische Ministerpräsident hat sich positioniert: In seiner Amtszeit soll es keine Staustufe geben, dafür wird der ca. 69 km Streckenabschnitt zerlegt: 54 km nach Variante A, 15 km variabel – Hochwasserschutzmaßnahmen allerdings über die gesamte Streckenlänge per Sonderprogramm. Es besteht ein Paradigmenwechsel: Ziel ist nun ein Hochwasserschutz, der vor einem 100-jährigen Hochwasser schützen soll, zzgl. 1 m Freibord. bisher wurde sich an einem 30-jährigen orientiert. Ende Februar 2013 soll der Kabinettsbeschluss erfolgen.

## SUT Interview

■ **SUT:** Herr Dr. Jaegers, zunächst ein paar Fragen zu Ihrem Engagement in der Monitoring-Gruppe, Sie waren als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Binnenschifffahrt, BDB, involviert. Wie kann man sich die Arbeit der Gruppe vorstellen?

■ **Dr. Jaegers:** Wir trafen uns praktisch jeden letzten Freitag im Monat. Zunächst wurden jeweils die neuen Ergebnisse der untersuchenden Fachleute vorgestellt und diese in Frage und Diskussion hinterfragt. Im Weiteren wurden Verfahrensfragen und Vorschläge der Lenkungsgruppe diskutiert und beschlossen.

■ **SUT:** Ist tatsächlich eine „vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre“ entstanden?

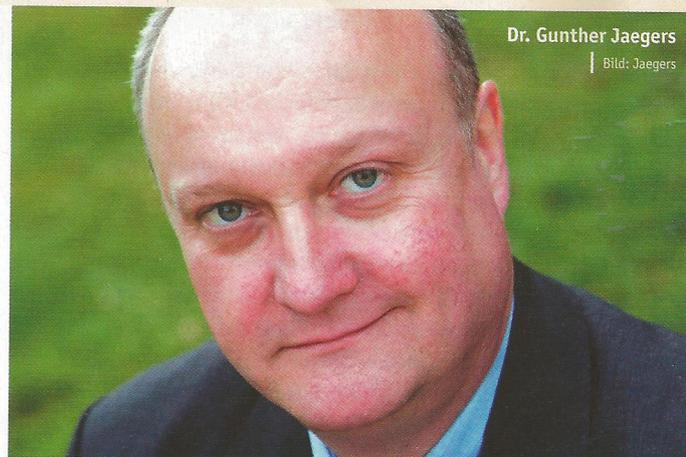
■ **Dr. Jaegers:** Wir sind wechselseitig sachlich und mit Respekt miteinander umgegangen, in der Sache durchaus manchmal hart und kontrovers. Dennoch wurde regelmäßig ein Weg gefunden, um die Arbeit fortsetzen zu können.

■ **SUT:** Sind wirklich neue Wege gegangen worden?

### BÖB sieht vertane Chance

Die nun wohl getroffene Entscheidung der bayerischen Landesregierung schafft eine gewisse Klarheit dieser ständig offenen Frage. Die Entscheidung bringt, dass muss ehrlich gesagt werden, geringfügige Verbesserungen, verbaut aber auch nicht künftige Entwicklungen. Leider wurde die Chance vertan, für die Binnenschifffahrt mit der Variante C 2,80 einen großen Schritt nach vorne zu gehen. Es ist bedauerlich, dass damit die neue Form der Bürgerbeteiligung ad absurdum geführt wird, da man die Ergebnisse aus der EU-Studie nicht abgewartet und bei dieser Entscheidung auch nicht berücksichtigt hat. Der gesamteuropäische Aspekt und die Bedeutung gerade der Donau bei der Entwicklung der südosteuropäischen Volkswirtschaften wurde, wie wir finden, zu wenig in dieser Regionalentscheidung berücksichtigt.

■ Boris Kluge



Dr. Gunther Jaegers  
Bild: Jaegers

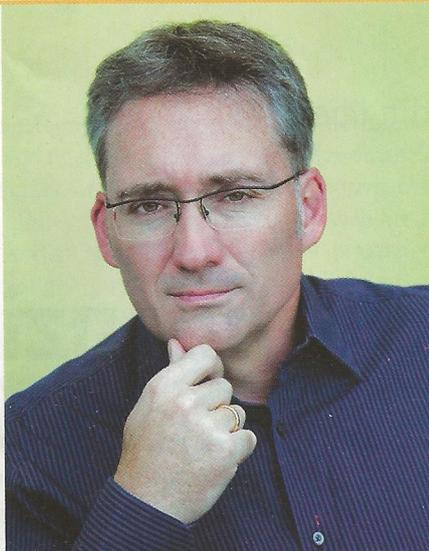
■ **Dr. Jaegers:** Nach Auskunft des Moderators Prof. Dr. Koch, einem ausgesprochenen Fachmann in solchen Projekt begleitenden Verfahren, ja. Nicht nur er versicherte uns, dass mindestens in Deutschland bisher in keinem Fall eine Infrastrukturmaßnahme so ausführlich untersucht und in einem offenen Monitoring-Prozess erörtert und beeinflusst wurde.

■ **SUT:** Sie waren in dreifacher Rolle Zeuge eines politischen Novums: Als Verbandspräsident, Unternehmer und Bürger. Taugt diese Art der Mediation? Was funktionierte gut – wo lagen die Stolperstellen? Gab es für Sie „überraschende Erkenntnisse“?

■ **Dr. Jaegers:** Diese „drei“ Rollen sind eigentlich eine. Ich habe als Bürger den Beruf des Unternehmers und als solcher die Aufgabe des Verbandsvorsitzes übernommen.

Ja, dieses Verfahren ist durchaus geeignet, Transparenz herzustellen und die Auswirkungen von Infrastrukturmaßnahmen soweit es uns möglich ist zu analysieren. Es führt zu einem sachlichen Dialog, wenn zum einen die Gruppe durch einen kompetenten Mediator geleitet wird und zum anderen zeitnah die erforderlichen Informationen zur Verfügung gestellt werden. Gerade bei der Herstellung von Transparenz können die Stolperstellen liegen. Hier wäre auch in unserem Fall Verbesserungspotential gelegen. Man darf allerdings nicht verschweigen, dass ein solches Verfahren überaus aufwendig ist und hohe Ansprüche an die Bereitschaft der Teilnehmer stellt, die erforderliche Zeit zu investieren. Erforderlich ist auch die Bereitschaft mit der Argumentation der anderen Seite offen respekt- und verantwortungsvoll umzugehen.

„Überraschende“ Erkenntnisse habe ich nicht gewonnen. Ich habe vielmehr gelernt, dass Auswirkungen auf die Natur und Umwelt eben nicht mit dem so gern in den Raum geworfenen Satz „die paar Frösche“ abgetan werden können. Unsere Umwelt ist überaus komplex. Da ist es nicht leicht, eine sichere Basis für Entscheidungen zu finden,



Axel Götze-Rohen

Bild: Götze-Rohen

die wir als Menschen in eben dieser Umwelt verantworten können.

■ **SUT:** Wie hoch war der finanzielle Rahmen für die Arbeit der Monitoring Gruppe? 30 Mio. Euro?

■ **Dr. Jaegers:** Ja, allerdings zuzüglich der Aufwendungen für die Wirtschaftlichkeitsanalyse, die zunächst nicht vorgesehen war.

■ **SUT:** Welche Auflagen sind mit der Arbeit – und deren Ergebnissen verbunden? Wie weit kann das Papier in die Umsetzung der Ergebnisse eingreifen, welchen Einfluss hat es auf Landes- bzw. Bundespolitik und die haushaltspolitischen Realitäten?

■ **Dr. Jaegers:** Nun, hier zeigt sich die Realität des Handelns in der Politik. Die Entscheidung der bayerischen Regierung für die Variante A, die von Horst Seehofer und Martin Zeil fälschlicherweise als „sanfter“ Eingriff bezeichnet wird, hätte mit dieser Argumentation bereits vor drei Jahren gefällt werden können. Die Erkenntnis der Studie, dass auch die Variante A einen intensiven Eingriff in die Natur darstellt, der jedoch wie auch die Auswirkungen der Variante C 2,80 ausgleichbar ist, hat offenbar nicht die geringste Rolle gespielt. Man hätte sich den ganzen Aufwand sparen können. Das heißt, unsere Arbeit hat keine Rolle gespielt.

Für die Politik zählt offenbar mehr die Optimierung des Wählerstimmenaufkommens, wofür die Variante A am besten geeignet ist. Die politischen Entscheider präsentieren sich als „Umwelt“-Freunde und suggerieren den wirtschaftsorientierten Wählern gleichzeitig die Berücksichtigung Ihrer Belange. Die einzig sanfte Variante wäre die Nullvariante, aber dazu fehlt den bayerischen Politikern offenbar der Mut.

Da die Variante A zur Verbesserung der Ablademöglichkeiten der Schiffe und damit zur ganzjährigen Zuverlässigkeit der Binnenschiffahrtskapazität wenig beiträgt, wird sie auch nicht aus den TEN-T Mitteln der EU gefördert werden können. Damit wird diese Variante, die mit 480 Mio. EUR Gesamtkosten auch nicht dramatisch viel billiger als C 2,80 mit 600 Mio. EUR bei erheblich höherer Wirtschaftlichkeit ist, für Bayern teurer als C 2,80. So viel zu den haushaltspolitischen Realitäten.

■ **SUT:** Dürfen die Ergebnisse überhaupt so „modular betrachtet“ werden, wie es der Bayerische Ministerpräsident augenscheinlich tut? Bezieht sich die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht auf das gesamte Maßnahmenpaket Variante A, C 2,80 oder „Nullfall“? Auch beim Hochwasserschutz wurde nach Ergebnisbericht klar zwischen ausbaubedingten Kosten und Kosten infolge der Orientierung auf ein 100jähriges Hochwasser unterschieden. Was bedeutet dann „Sonderprogramm Hochwasserschutz“ wie man es lesen konnte? Lädt der Verweis auf die Dauer der Amtszeit Seeho-

## Der Standpunkt: Donau verliert den Wahlkampf

Wenn Wahlen vor der Tür stehen, setzt bei Politikern naturgemäß und konsequent die linke Gehirnhälfte aus. Diese ist unter anderem verantwortlich für Logik, Analyse und Details. Kurz: für das Denken. Die Führungsspitze der bayerischen CSU hat sich am 13. Januar für die teure, wirkungslose, aber dennoch massiv in die Ökologie eingreifende Variante A des Donauausbaus entschieden. Der Kampf konnte mit Sachargumenten, Vernunft und Fakten nicht gewonnen werden. Denn wenn niedliche kleine Mädchen Landesvater Seehofer anflehen, die schöne Donau nicht zu zerstören, werden Fakten unwichtig. Vor allem, wenn eine Landtagswahl gewonnen werden muss. Und sein Parteifreund Peter Ramsauer wird natürlich auch einknicken und die Variante A als schönen oder sinnvollen Kompromiss loben. Dass es nebenbei für Variante A kein Geld von der EU gibt, wird den bayerischen Wählern natürlich nicht auf die Nase gebunden. Wenn Wahlen gewonnen werden müssen, dürfen ein paar dutzend verschenkte EU-Millionen keine Rolle spielen. Wirtschaft und Verbände haben ihr Klagelied über die Fehlentscheidung schon angestimmt. Das war zu erwarten, bringen wird es aber nichts. Zu lange haben die Befürworter eines vernünftigen und sachgerechten Ausbaus in der Variante C 2,80 den Ausbauegnern das Feld und die Deutungshoheit überlassen. Nüchtern vorgebrachte Fakten mögen korrekt sein, wirkungsvoll sind sie aber nicht. Vor allem nicht bei Politikern, denen das Denken offensichtlich mehr Kopfschmerzen bereitet, als der Biergenuss bei Wahlkampfveranstaltungen. Prost!

■ Axel Götze-Rohen

fers im Zusammenhang mit dem Verzicht auf den Staustufenbau nicht zum Grübeln ein?

■ **Dr. Jaegers:** Grübeln tue ich nach fünfzehn Jahren Konfrontation im Amt des BDB-Präsidenten mit den politischen Realitäten längst nicht mehr. Die Variante C 2,80 ist entgegen den Beschwichtigungsversuchen aus Berlin und der sybillinisch erscheinenden Entscheidung in München auf absehbare Zeit erledigt. Wenn das Geld für Variante A versenkt ist, kann man ein erneutes Draufsatteln einer Schleuse kaum mehr durchsetzen. Auch sämtliche Erkenntnisse aus der Studie für ein erforderliches Planfeststellungsverfahren wären veraltet und wir könnten neu anfangen.

Mit der wenig transparenten Entscheidung in Bayern soll wahrscheinlich deren Schwächen verdeckt werden und möglichst alle Wähler bei der Stange gehalten werden. Allen soll vorgegaukelt werden, man habe in ihrem Sinn entschieden. Warum wundern sich diese Politiker eigentlich über ihr schlechtes Image in der Bevölkerung?

■ **SUT:** Die EU gibt viel Geld für diese Studie als vertrauensbildende Maßnahme aus – sind die von Ministerpräsident Seehofer geäußerten Positionen transparent oder muss man einen Rückfall in alte Muster befürchten?

■ **Dr. Jaegers:** Wie schon erläutert, sind die Entscheidungen von Herrn Seehofer und Herrn Zeil alles andere als transparent. Und befürchten muss man nichts was nicht vorher schon zu befürchten war.

■ **SUT:** Was hat die neueste Entwicklung für eine Auswirkung auf Sie, auf Ihr persönliches Engagement im öffentlichen Rahmen?

■ **Dr. Jaegers:** Sicherlich eine nachhaltige.

■ **SUT:** Welche Planungssicherheit sehen Sie nun, für sich – in Ihrer Rolle als Unternehmer, der mit der DSTG auch auf der Donau aktiv ist?

■ **Dr. Jaegers:** Die gleiche, die wir bisher hatten. Allerdings gilt dies auch für diejenigen, die Transportaufträge in diesem Raum zu verteilen haben.

■ **SUT:** Herr Dr. Jaegers, wir danken für das Gespräch.

■ Das Interview führte SUT-Korrespondentin Kerstin Klinkenberg